

Inflation steigt im März auf 7,3 Prozent

Durch den Krieg in der Ukraine verteuern sich die Energiepreise – Auch Nahrungsmittel kosten erneut mehr Geld

Wiesbaden. Ein deutlicher Energiepreissprung infolge des Ukraine-Krieges hat die Inflation in Deutschland im März auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung getrieben. Die Verbraucherpreise lagen im März 2022 um 7,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch anhand vorläufiger Daten mitteilte. Im Februar hatte die Jahresinflationsrate noch bei 5,1 Prozent gelegen.

Ähnlich hoch wie im März war die Inflationsrate in den alten Bundesländern zuletzt mit 6,3 Prozent im Herbst 1981, als infolge des Ersten Golfkrieges zwischen dem Irak und dem Iran die Mineralölpreise deutlich geklettert waren.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind die Öl- und Gaspreise stark gestiegen, Tanken und Heizen verteuerte sich drastisch. Nach den vorläufigen Daten der Statistiker mussten die Menschen in

Deutschland im März 39,5 Prozent mehr für Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe, Anm. d. Red.) und Kraftstoffe ausgeben als im Vorjahresmonat. Nahrungsmittel verteuerten sich innerhalb eines Jahres um 6,2 Prozent. Gegenüber Februar stiegen die Verbrau-

cherpreise im März insgesamt um 2,5 Prozent.

Mit einer Entspannung bei den Preisen rechnen Volkswirte vorerst nicht. „Auch die Preise für Nahrungsmittel und Industriegüter dürften im Zuge des Einbruchs der Weizenexporte aus der Ukraine und

Russland beziehungsweise aufgrund neuer Störungen der Lieferketten zusätzlichen Auftrieb erhalten“, schrieb die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht für März. Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts wollen immer mehr Firmen in den kommenden drei Monaten ihre Preise erhöhen. Preissteigerungen sind dem Institut zufolge insbesondere im konsumnahen Bereich zu erwarten.

Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, sagte unserer Redaktion, „dass vor allem Haushaltsenergie für die Endkunden weiter teurer werden dürfte“. Darauf würden die Großhandelspreise für Energie hindeuten. Beim Kraftstoff deute sich „eine gewisse Entlastung“ an. Grund sei, dass vorübergehend die Steuern auf Kraftstoffe gesenkt werden sollen. Es zeige sich jedoch, dass

die Entlastungen „rechnerisch zu klein“ seien, um in der Inflationsrate den Anstieg der Preise für Haushalte zu kompensieren.

„In der Summe zeigt sich, dass die Inflation auch den Rest des Jahres hoch bleiben wird“, sagt Dullien. Das IMK rechne für das laufende Jahr mit einer Inflationsrate von 6,2 Prozent. Das wäre der höchste Jahreswert seit der Wiedervereinigung 1990. Sollten die Energiepreise weiter steigen – etwa bei einem Lieferstopp russischer Energie –, könne die Rate auch höher ausfallen, so Dullien. Er lobte deshalb die Bundesregierung, ein zweites Entlastungspaket auf den Weg gebracht zu haben. Allerdings müsse man eventuell noch einmal nachlegen.

Höhere Inflationsraten schmälern die Kaufkraft. Das kann den privaten Konsum dämpfen und damit die Erholung der Wirtschaft nach dem Corona-Einbruch ausbremsen.

bk/mark/dpa



Im Hamburger Hafen stauen sich die Container.

Foto: Daniel Reinhardt/dpa